

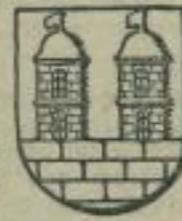
# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Großes Blatt mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage nochmals 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Goldmarkung monatlich 4.50 M., durch meine Buchdrucker geprägt in der Stadt monatlich 5 M., auf dem Lande 5.50 M., durch die Post bezogen monatlich 5.25 M. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Buchdrucker und Schreibstelle nehmen jederzeit Bezahlungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rücknahme des Bezugspreises.



Zustellungsgebühr 1 M. für die 6 gehaltenen Korrespondenzen über deren Kosten, Postkosten, die 2-stellige Kurzpost 2.50 M. Bei Weiterholung und Jahresauflage entsprechender Dreieckstafel. Bekanntmachungen im amtlichen Teil nur von Verleihern, die zugeschaffene Kosten 3 M. Nachzugszettel 50 Pf. Angemessene Abzugshöhe 10 Uhr. Für die Abfertigung der durch Heraus übermittelten Bezahlungen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Abzug entspricht erlaubt, wenn der Abzug durch Klage eingezogen werden muss oder der Abtraggeber in Konkurs gerät.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 164.

Sonnabend den 16. Juli 1921.

80. Jahrgang.

## Amtlicher Teil.

Auf Blatt 89 des hiesigen Handelsregisters, die Firma Barthold & Co in Wilsdruff betr., ist heute eingetragen worden, daß die bisherige Inhaberin, Frau Frieda Diga verw. Barthold geb. Rößler in Wilsdruff, ausgeschieden ist. Inhaber ist jetzt der Möbelfabrikant Eduard Schremmer in Leipzig-Südvorstadt zufolge Veräußerung

des Handelsgeschäfts samt der Firma. Der neue Inhaber haftet nicht für die im Betriebe des Geschäfts begründeten Verbindlichkeiten der bisherigen Inhaberin, es gehen auch nicht die im Betriebe begründeten Forderungen auf ihn über. A Reg. 99/21

Amtsgericht Wilsdruff, den 7. Juli 1921.

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Die deutsch-französischen Verhandlungen in Paris haben zu einem Abkommen über die deutschen Sachleistungen geführt.

\* In Berlin sind amerikanische Handelsvertreter zu Orientierungszwecken eingetroffen. Sie wollen auch den Gründen der Neutralitätswantungen nachstreichen.

\* Die Berliner Stadtwahlwiederholungen sind für ungültig erklärt worden. Die Neuwahlen sollen im Oktober stattfinden.

\* Die deutschen Kohlenlieferungen an die Entente sind für den Monat August abermals auf 2.200.000 Tonnen festgelegt worden.

\* Die südostslawische Regierung bemerkte die Meldung, wonach ihre Truppen in Albanien eingerückt seien.

\* Das Handelsabkommen zwischen Frankreich und Finnland ist unterzeichnet worden.

## Gold und Papier.

Die Hauptschwierigkeit, die die deutsche Regierung bei allen ihren finanziellen Ausgaben, vor allem im Hinblick auf die Wiedergutmachungsleistungen zu überwinden hat, liegt darin, daß alle Berechnungen, die von unserer Seite noch so sorgfältig aufgestellt werden, binnen kürzester Zeit keine Geltung mehr haben, sobald nämlich der Ausland der deutschen Mark abermals eine Veränderung erlebt. Mit steigender oder sinkender Valuta verändert sich jedesmal der notwendige Steuerbedarf des Deutschen Reiches, und zwar gewöhnlich um eine beträchtliche Anzahl von Milliarden. Die Ursache dafür ist natürlich, daß unsere Zahlungsmittel längst nicht mehr auf der Goldwährung beruhen, sondern nur in Papierscheinen darstellen, die nichts anderes als ebenso viele kleine Schuldcheine sind, für die das Reich haftbar ist. Diese aber werden wieder im Ausland höher oder geringer bewertet, je nachdem unsere Leistungsfähigkeit als Nation auf Grund der jeweiligen politischen Lage größere oder geringere Aussichten zu bieten scheint.

Diese große Schwierigkeit, die jeder endgültigen Regelung unseres Finanzwesens auf lange Zeit hinaus als unlösbares Hindernis im Wege stehen wird, hat auch der Wirtschaftsminister Schmidt in einer Unterredung über die Regelung unserer aus dem Klimax hervorbrechenden Verpflichtungen als eine der Hauptursachen angegeben, die uns in dauernder Unsicherheit lassen. Das gilt besonders für denjenigen Teil des Finanzplanes, der den Überlauf der Ausgaben über die Einnahme betrifft, und den der Reichskanzler selbst seinerzeit mit 20 Milliarden bezifferte. Man wird sich erinnern, daß diese Rechnung nicht unangefochten blieb, sondern daß der Abgeordnete Helfferich stattdessen 20 Milliarden ein Defizit von 70 Milliarden feststellte. Dabei handelt es sich selbstverständlich um Papiermilliarden. Um aber die Größe der von uns verlangten Leistungen in Goldmilliarden richtig zu bewerten, genügt ein Blick auf den Vergleich, den der Wirtschaftsminister zwischen dem Vertragsbeitrag von 1913 und den jüngsten Reparationszahlungen anstellt. Damals wurde insgesamt eine einmalige Ausbringung von einer Milliarde Goldmark verlangt bei einem Bruttoseinkommen von ungefähr 40 Milliarden. Jetzt sollen wir jährlich immer wieder je 3½ Milliarden zahlen, während die Einnahmen, in Goldwährung umgerechnet, heute für das ganze Volk auf höchstens noch 25 Milliarden anzusehen sind.

Wenn nun der Wirtschaftsminister daraus weiter folgert, daß wir bei der Steuererziehung nicht ohne eine nochmalige Belastung des Besitzes auskommen können, w. ja schon damals beim Wehrbeitrag außer dem Einkommen in erster Linie der Besitz herangezogen wurde, so werden bei derartigen Schritten andere Meinungen nicht schweigen. Der Wirtschaftsminister, der politisch links steht, und in wirtschaftlichen und steuertechnischen Fragen eine Auffassung vertritt, die ancheinend auch heute noch trotz wochenlanger Verhandlungen im Kabinett von der Annahme anderer Regierungsmitglieder etwas abweicht, hat bei dieser ernsten Erfassung des Besitzes nach seinen eigenen Äußerungen in erster Linie die sogenannten "Goldwerte" im Auge, d. h. diejenigen Besitzer, die von den Schwankungen der Valuta wenig oder gar nicht abhängig sind. Man muß aber bedenken, daß diese Art von Besitz heute das Rückgrat des Nationalvermögens ausmacht, und daß eine übermäßige Belastung dieser Güter zur Folge haben könnte, daß auch hier die Goldwerte sich bald in Papierwerte verwandeln, und dann möglicherweise weit unter dem eigentlichen Preise an verlustreiche Käufe ins Ausland verschleudert werden.

Das Steuerprogramm der Regierung scheint noch nicht ganz einheitlich zu sein, denn sonst würde der Wirtschaftsminister schwerlich einen Gesichtspunkt in den Vor-

dergrund gerückt haben, der im Programm des Reichskanzlers keine Rolle spielt. Die Notwendigkeit, ganz gleich, auf welchem Wege, ein möglichst hohes Maß der von uns geforderten Leistungen zu erzielen, dürfte jedoch von selbst dazu führen, daß unter den verschiedenen vorgebrachten Wegen sich die vernünftigsten und aussichtsreichsten von allein durchsehen. Man kann in dieser Hinsicht mit einer gewissen Beständigkeit feststellen, daß auch der Wirtschaftsminister als einzige Möglichkeit, aus den augenblicklichen Schwierigkeiten herauszukommen, eine Steigerung unserer Gütererzeugung bezeichnete. Man kann wohl annehmen, daß diese Erkenntnis die Erörterung weiterer von rechts her in die Debatte geworfenen Probleme nach sich ziehen wird, in erster Linie wohl die Frage der Arbeitszeit in der Industrie sowohl wie vor allem in den Staatsbetrieben. Die verderbliche Tätigkeit der Notenpresse, die trotz der klügsten Steuersysteme uns kleinen Schritt vorwärts bringen kann und nur Papierwerte schafft, soll nach allgemeinem Wunsch endlich einmal eingefestigt werden. Dann aber müssen wir, da wir an materiellen Besitzländern arm geworden sind, die Lösung aller wirtschaftlichen und politischen Fragen allein in der Ausnutzung des einzigen Goldwertes suchen, der uns verblieben ist: in der deutschen Arbeit. Mit diesem Pfunde müssen wir wuchern.

## Ergebnis der Pariser Verhandlungen

Abkommen über Sachleistungen und Handelsverkehr.

Die deutsch-französischen Verhandlungen sind erfolgreich verlaufen. Sie bedürfen allerdings noch der Ratifizierung durch beide Regierungen. In den nächsten Tagen werden sich Staatssekretär Dr. Bergmann und Direktor Guggenheim nach Berlin zurückbegeben, um der deutschen Regierung das mit den französischen Sachverständigen getroffene Abkommen zu unterbreiten.

Nach ergänzenden Mitteilungen eines Pariser Blattes handelt es sich um zwei Arten von Fragen. Die eine hätte sich auf den Mechanismus der Reparationen, die andere auf den Handelsverkehr zwischen Frankreich und Deutschland bezoogen. Man einige sie nunmehr auf einen Organisationsplan, der dahin geht, daß die französischen Käufe im zerstörten Gebiet mit den deutschen Verkäufern in unmittelbare Verbindung treten.

sollten. Die Zahlungen sollen durch Vermittlung eines oder mehrerer staatlicher Bureaus vor sich geben, denen der Konsul als Zahlung eine Erklärung über die erlaubten Abnahmen übergeben hätte. Das Bureau müsse dann die deutschen Verkäufer in deutscher Reichsmark entschädigen. Es müssten jedoch auch die Rückwirkungen

erwogen werden, die diese Operation auf die Handelsaktivität der beiden Länder ausübt. Wenn Frankreich sich darauf beschwürt hätte, die Lieferung deutscher Waren zuzulassen, ohne daß es selbst Waren an Deutschland verkaufe, so wäre die Handelsbilanz Frankreichs sicherlich in Unordnung geraten. Andererseits befürchte sich Deutschland darüber, daß es durch das Loch im Westen

außerordentlich geschädigt werde. Die Kontrolle der Einfuhrerlaubnis, die im Innenland gegenwärtig in den Händen der Mineralienkommission liegt, soll daher künftig gemeinsam mit der deutschen Regierung durchgeführt werden, wodurch das Loch im Westen geslossen würde. Ein System der Kontingenterklärung würde zu Gunsten der französischen Zugangswaren eingerichtet werden durch das dem jetzt in Deutschland gegen französische Waren angeblich bestehenden Boykott ein Ende bereitet würde. Die deutschen Vertreter verzichteten auf eine Erörterung der Frage der

### wirtschaftlichen "Sanktionen".

die nicht von der französischen Regierung, sondern vom Obersten Rat abhängen. Über die Frage der Holzhäuser habe man nicht gesprochen. Loucheur scheine zu der Überzeugung gelangt zu sein, daß die französische Industrie diese zu besseren Bedingungen liefern könnte als Deutschland.

Falls diese ergänzenden Mitteilungen das Pariser Blattes zutreffen, so scheint es, als ob die Franzosen recht gut verstanden hätten, ihr Schätzchen ins Trockne zu bringen. Der Abschluß eines Abkommen ist an sich natürlich zu begreifen, jedoch wird dieser offensichtlich durch die Bestimmungen über den Handelsverkehr erheblich beeinflusst. Die Einfuhr von französischen Zugangswaren ist für uns nicht nur überflüssig geworden, sondern für unsere finanzielle Gesundung geradezu hemmend und schädlich. Die Aufhebung der "Sanktionen" hängt zwar formal vom Obersten Rat, tatsächlich aber nur von Frankreich ab, da dieses als einziges Mitglied des Ober-

nem Rates noch zur die Beibehaltung dieser Abmachungen eintritt. Ein Urteil über das Abkommen im einzelnen muß man sich selbstverständlich vorbehalten, bis die deutschen Unterhändler in Berlin selbst einen genauen Bericht erstattet haben.

## Hardings Einladung.

Keine Abjage, aber Abänderungswünsche.

Die Einladung Hardings zur Abrißungskonferenz in Washington ist inzwischen von allen eingeladenen Staaten, auch von Japan, das am längsten zögerte, angenommen worden.

Die Abrißungskonferenz wird jedoch nicht, wie ursprünglich angenommen, vom Präsidenten Harding, sondern vom Staatssekretär Hughes geleitet werden. Dies bedeutet, daß die Versprechungen wahrscheinlich nicht durch die Ministerpräsidenten, sondern durch die verschiedenen Minister des Außen gejährt werden. In London politischen Kreisen glaubt man, daß es eventuell möglich sein werde, die Beratung der Probleme des Stillen Ozeans von der Abrißungskonferenz zu trennen. Sollte dies möglich sein, so würde es England nicht ungern seien, wenn die Pacific-Konferenz nach London verlegt und vielleicht sofort im Anschluß an die Reichskonferenz abgehalten werden könnte. Es besteht eine gewisse Gefahr, daß Hardings Plan durch eine solche Teilung in zwei getrennte Konferenzen unter Umständen gefährdet werden könnte.

### Und der Völkerbund?

Der "Rotterdamische Courier" ist der Ansicht, daß die von Harding vorgeschlagene Abrißungskonferenz tatsächlich dem Völkerbund den Wind aus den Segeln nimmt! Der Wilsonsche Völkerbund werde mit diesem Schritt durch den "Verein der Nationen" Hardings abgelöst, was aber an sich kein Unglück sei, so lange das Hauptziel im Vordergrund bleibe. Weiter, meint das Blatt, sei eine Hauptbedingung, daß nicht nur die Entente-Länder, sondern auch die anderen, besonders die, welche sich zu Großmächten entwickeln dürften, zu Rate gezogen würden, auch Deutschland und Russland. Harding beschränkt die Abrißung nicht auf das maritime Gebiet, sondern auch auf die Bevölkerung zu Lande. Europa könne aber nicht abrücken, so lange Russland eine militärische Gefahr bleibe.

## Bormarsch der Engländer?

Polnische Menschenjagden in Oberösterreich.

Die Zustände in den Landgemeinden des Industriebezirks spotten noch immer jeder Beschreibung. Aus Bormarsch wandten sich Vertreter der Ortsverwaltung hilfesuchend an den Kreiskontrollleur von Beuthen unter der Angabe, daß in Bormarschblütte die Polen Menschenjagden veranstalten. Die Flucht der Bevölkerung in die Städte hält insgesamt noch immer an. Deutsche Einwohner, die als solche bekannt sind, können es immer noch nicht wagen, in ihre Heimatorte zurückzukehren. Die polnische Flagge weht noch immer auf einigen Industriegebäuden. Die Engländer sorgen vorläufig lediglich in den Städten für Schutz, während in den Landgemeinden der polnische Terror weiter herrscht. Polnischerfeindschaft wird ein

### Bormarsch der Engländer

auf das Land beschränkt. Aus diesem Grunde wird seitens der politischen Organisationen versucht, einen Generalstreik zu inszenieren mit der Forderung: Abzug der Engländer. Nach anderen noch unveröffentlichten Niederschriften haben die Engländer in den Kreisen Katowitz und Beuthen bereits mit einer energischen Zäsurungsaktion begonnen haben, die sich vornehmlich auf das Land erstreckt. Auf den Straßen und in den umliegenden Wäldern herrscht nach dieser Nachricht ein außerordentlich reger englischer Patrouillenverkehr unter Bewaffnung von Bläddern und mit Maschinengewehren bewaffneten Panzerwagen.

### Sachverständige für die Grenzführung.

Nachdem die Interalliierte Kontrollkommission bis jetzt noch keinen gemeinsamen Vorschlag über die Festlegung der künftigen Grenze gefunden hat, dat nunmehr die englische Regierung endgültig den Vorschlag angenommen, eine Sachverständigen-Kommission nach Oberösterreich zu entsenden. Die Sachverständigen sollen sofort nach Oberösterreich abreisen, und man glaubt, daß es möglich sein werde, bereits für die Konferenz von Boulogne einen Bericht zu liefern, auf den der Oberste Rat angeblich schon so lange vergebens gewartet hat.